

Wer sich für Gerechtigkeit, Gewaltfreiheit und selbstbestimmte Entwicklung weltweit einsetzt, muss sich auch mit Rassismus, Ausgrenzung und Chauvinismus im eigenen Land auseinandersetzen

*Ein Diskussionspapier der Stiftung Nord-Süd-Brücken & „Friends“
für regionale entwicklungspolitische Debatten und Foren*

1. Ziel und Anlass des Papiers

Rassistische Äußerungen und Übergriffe, Ausgrenzung vermeintlich Anderer und das Wiedererstarken von Nationalismus und Chauvinismus fordern uns als entwicklungspolitische Zivilgesellschaft heraus. Denn all dies steht im Widerspruch zu den Werten und Prinzipien, für die wir uns einsetzen:

- den allgemeinen Menschenrechten und den Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs),
- den Prinzipien der Gerechtigkeit, der gerechten Verteilung von und des gleichberechtigten Zugangs zu materiellen und immateriellen Ressourcen weltweit,
- den Rechten auf Sicherheit, Gewaltfreiheit und Freiheit von Ausbeutung, Ausgrenzung und Unterdrückung,
- dem Recht und der Möglichkeit zu individuell und gesellschaftlich selbstbestimmten Wegen im Sinne einer global nachhaltigen Entwicklung.

Es gibt Indikatoren dafür, dass die Situation in Ostdeutschland mit Blick auf Rassismus, Gewalt gegen Geflüchtete, Migrant*innen, People of Color und People of African Descent sowie Zustimmungsraten zu rechtspopulistischen und -extremen Parteien besonders alarmierend ist.¹ Dafür gibt es unterschiedliche Gründe, unter anderem:

- die wirtschaftliche und industrielle Marginalisierung vieler ostdeutscher Regionen nach der Vereinigung und daraus resultierende Kränkungen,
- eine geringe Anerkennung der Lebensleistungen von Ostdeutschen,
- faktischer oder wahrgenommener Verlust von Sicherheit, Zugehörigkeit und Werten,
- der massive Rückgang von Daseinsvorsorge in den ländlichen Regionen,
- gering ausgeprägte Zivilgesellschaft und demokratische Streitkultur,
- kaum transkulturelle Begegnung und Austausch mit Menschen aus anderen Erdteilen und Hintergründen.

¹ Unter anderem gab es 2017 in den ostdeutschen Bundesländern 237 tätliche Übergriffe auf Asylsuchende gegenüber 89 Übergriffen in den westdeutschen Ländern (Amadeu Antonio Stiftung 2018). Allerdings handelt es sich hier weder um ein neues noch um ein rein ostdeutsches Problem: Bereits in der DDR gab es Pogrome gegen Gastarbeiter*innen (Erices 2017) und auch in der BRD der 70er und 80er Jahre gab es Rassismus (Quelle:). Zudem sind die aktuellen Entwicklungen vor dem Hintergrund gesamteuropäischer und weltweiter Tendenzen zu sehen (Buchter 2017; Schellenberg 2017).

Die Veränderung und Verschärfung der Situation in Ostdeutschland erfahren und spüren wir als Akteur*innen der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit in der Bildungsarbeit, in der Kooperation mit kommunalen Partner*innen und auch in der Bündnisarbeit. Besonders exponiert und betroffen von diesen negativen Entwicklungen sind migrantische Akteur*innen, People of Color, People of African Descent und Geflüchtete als erste Projektionsfläche und Ziel von Frustration, Gewalt und rassistischer Hetze. Wut und Ablehnung richten sich aber auch Aktive und Engagierte aus der Zivilgesellschaft sowie an Politiker*innen, die als Verursacher*innen der Probleme wahrgenommen werden, weil sie sich nicht um diese kümmern oder die Kontrolle, bspw. über Globalisierungsprozesse, verloren hätten.

Sich diesen Herausforderungen anzunehmen, eigene Selbstverständnisse zu hinterfragen, vermeintlich Eindeutiges zur Diskussion zu stellen und Unsicherheiten zu begegnen ist nicht nur das Anliegen dieses Papiers, sondern eines bereits länger dauernden Prozesses. Bei verschiedenen Veranstaltungen, zuletzt einem Fachgespräch zu Demokratie, Offenheit und inklusiver Gesellschaft am 27. Februar 2018, wurde diese Debatte mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen geführt. Dieses Papier soll nun die einzelnen Diskussionsstränge zusammenführen und eine gemeinsame Diskussion innerhalb der Vereine und Landesnetzwerke anstoßen. Dabei erhebt es selbstverständlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder Endgültigkeit, sondern dient lediglich einer Schärfung der weiteren Debatte.

2. Unsere Vielfalt – Potenziale und Herausforderungen

Wir arbeiten in Metropolen und ländlichen Regionen, zu verschiedenen Themen und mit unterschiedlichen Zielgruppen. Manche von uns sind selbst von den beschriebenen negativen Entwicklungen betroffen, nah dran an diesen Auseinandersetzungen, rassistischen Pöbeleien und Gewalt. Die meisten von uns leben jedoch in alternativen Nischen und Orten, wo die Probleme (noch) nicht in dieser Schärfe bestehen. Was wir hingegen alle gemeinsam haben, ist eine starke Wertebasis: Die universellen Menschenrechte, den gegenseitigen Respekt unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Religion und die Bereitschaft, sich für diese Werte stark zu machen.

Unsere Vielfalt ermöglicht es uns, unsere Themen in ganz unterschiedlichen Kontexten und sozialen Milieus anzubringen, erfolgreiche Konzepte und Bildungsmodule auszutauschen und auch darüber hinaus viel voneinander zu lernen. Doch die beschriebenen Unterschiede können uns auch blockieren: Weiterhin fehlt uns ein gemeinsames Verständnis von Rassismus und Wirkmacht des europäischen Kolonialismus. Weiterhin haben wir keine einheitliche Strategie, wie wir mit neuen rechten Akteur*innen und Parteien umgehen. Und auch die grundsätzliche Relevanz und Priorität des Themas schätzen wir noch recht unterschiedlich ein.

Als Akteur*innen der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit müssen wir uns daher intensiver als bisher mit den Potenzialen, Herausforderungen und Möglichkeiten unserer Vielfalt auseinandersetzen. Um gemeinsam stark zu sein, müssen wir Unterschiede kennen, akzeptieren und wertschätzen, aber auch Gemeinsamkeiten klar als solche benennen und kommunizieren.

3. Kein Platz für Rassismus

Wir betreiben eine wertebasierte entwicklungspolitische und antirassistische Arbeit. Entschieden und unzweideutig treten wir rassistischen Ansichten, in den eigenen Reihen genau wie in der Öffentlichkeit, klar entgegen und vertreten offensiv unsere Werte. Auf dieser Grundlage sehen wir keinerlei Berührungspunkte mit Parteien wie der „Alternative für Deutschland“, die – wenn auch demokratisch gewählt – nationale und egoistische Lösungen propagieren, chauvinistische Rollenbilder favorisieren, deren Politiker*innen immer wieder rassistisch hetzen und Menschen, die nicht ihrem Verständnis von „Deutschsein“ entsprechen, ausgrenzen. Mit der aktuellen Programmatik und den regelmäßigen, wohl kalkulierten Tabubrüchen sehen wir keine Basis für einen Austausch oder eine gemeinsame Debatte. Als Organisationen, Institutionen und in zivilgesellschaftlichen Bündnissen müssen wir uns jedoch inhaltlich und strategisch mit dem Umgang mit diesen Parteien und Ideologien beschäftigen, bevor wir im Einzelfall gegebenenfalls unvorbereitet dazu gezwungen werden. Klar ist für uns: Wenn bei Veranstaltungen ein konstruktiver Austausch nicht möglich oder zu erwarten ist, bieten wir diesem Gedankengut und den gezielten Provokationen keine Plattform.

Auch unterscheiden wir zwischen AfD und vergleichbaren Parteien und ihren Funktionär*innen auf der einen, und denen, die sie unterstützen bzw. wählen, auf der anderen Seite. Wir haben den Anspruch, dazu beizutragen, dass mündige und informierte Bürger*innen erkennen, dass den meisten von ihnen diese Parteien in Bezug auf wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Probleme nichts anzubieten haben. Dies machen wir auch dadurch deutlich, dass wir eine Politik fordern und für diese eintreten, die auf internationale Zusammenarbeit, Abbau von Armut und Ungleichheit sowie Friedensförderung abzielt.

4. Gemeinsam solidarisch

Solidarisch unterstützen wollen wir Menschen mit Migrationsgeschichte und Rassismuserfahrung, die sich lokal und vor Ort für die Etablierung einer weltoffenen, demokratischen und teilhabenden Gesellschaft einsetzen. Das ist aus unserer Sicht aus mehreren Gründen wichtig: Erstens bringen sie zusätzliche Expertisen und Blickwinkel sowie eine hohe Authentizität in die entwicklungspolitische und antirassistische Arbeit mit ein. Zweitens tragen das Engagement von Menschen mit Migrationsgeschichte und Rassismuserfahrung als Referent*innen und Mitarbeitende in zivilgesellschaftlichen Projekten als Bilder von handelnden und produktiven Subjekten dazu bei, bestehende Vorurteile und Bilder in den Köpfen einiger Gemeindemitglieder positiv zu verändern. Drittens zeigt die Erfahrung, dass, wenn migrantische Familien, Studierende und Gewerbetreibende vor Ort sichtbar sind und zum Gemeindealltag dazu gehören, es nicht mehr ganz so leicht fällt, ungestört und unwidersprochen rassistisch zu agieren. Viertens helfen Aufgaben und gesellschaftliche Teilhabe Neuankommenden, sich schneller einzufinden und auch ökonomisch Fuß zu fassen. Es gibt bereits einige Erfahrungen mit der Einbeziehung Geflüchteter, beispielsweise in Projekten des Globalen Lernens und der Umweltbildung. Diese müssen wir ausbauen, pädagogisch begleiten und evaluieren.

Darüber hinaus sind wir überzeugt, dass mit geeigneter Begleitung die transkulturelle Begegnung zwischen Menschen aus Deutschland und Ländern des Globalen Südens durch die Möglichkeit eines Perspektivwechsels die Chance bietet, Vorurteile im Kopf ab-, soziale Beziehungen außerhalb der eigenen Bezugsgruppe auf- und die eigene Offenheit auszubauen. Dies muss jedoch stets gemeinsam und im Rahmen von „weitestgehend gleichberechtigter“ Zusammenarbeit gedacht werden, was unter anderem eine grundlegend andere Visa-Politik voraussetzt, weil der globale Norden meist überall ohne Visa- oder Aufenthaltsprobleme hinreisen kann, während Menschen aus dem globalen Süden oft an der Einreise scheitern, weil sie kein Visa bekommen. Trotz dringend notwendiger Veränderungen im Bereich der Zuwanderung und Freizügigkeit, sollten als ein erster Schritt alle verfügbaren entwicklungspolitischen Instrumente der transkulturellen Begegnung (ENSA, Begegnungsreisen, Nord-Süd-Partnerschaften, weltwärts-Süd-Nord, Projektpartnerbesuche etc.) in Ostdeutschland massiv ausgebaut werden. Wichtig ist gleichermaßen, dass wir Begegnungen zwischen migrantischen Gruppen und der ostdeutschen Bevölkerung fördern und unterstützen.

5. Niemand hat gesagt, dass es einfach wird

„Wir können nicht alle aufnehmen, die kommen wollen“, „Wir sind nicht das Sozialamt der Welt“, „Das sind doch alles Wirtschaftsflüchtlinge“... – diese Haltungen in Bezug auf Geflüchtete und Migrant*innen existieren nicht nur am rechten Rand. Sie reichen bis tief in die Mitte der Gesellschaft. Die entwicklungspolitische Bildungsarbeit ist hier geradezu prädestiniert, darüber aufzuklären, welches die vielfältigen Gründe für zunehmende Flucht und Migration sind: Armut, Konflikte und Kriege, Gefahr für Leib und Leben, fehlende Lebensperspektiven, unfähige Regierungen, Klimawandel, um nur einige Stichworte zu nennen. Auch muss deutlich werden, wie sehr wir als Bewohner eines reichen Landes und auch wohlhabende Menschen in anderen Ländern durch ihren ressourcenverschlingende, konsumintensive und umwelt-/klimaschädliche Lebens- und Produktionsweise dazu beitragen, dass Menschen unfreiwillig ihre Heimat verlassen.

Dies erfordert eine Vielzahl von Bildungsreferent*innen von Rostock bis Görlitz, die anhand von überzeugenden, gut recherchierten Materialien die genannten Zusammenhänge erklären, die Mitverantwortung des reichen Teils der Weltgesellschaft thematisieren, entwicklungspolitische Handlungsperspektiven aufzeigen und alternative Politiken in Politikfeldern ansprechen, in denen die Entwicklungspolitik keine oder eine nur schwache Rolle zu spielen vermag (z.B. Außen-, Finanz-, Wirtschafts-, Agrarpolitik, Rüstungsexporte). Durch eine breitere Informations- und Bildungsarbeit über globale Zusammenhänge, Fluchtursachen und Mitverantwortung, die auch für die Fragen der Adressaten offen ist und auf eine suggestive Pädagogik verzichtet, können wir zwei Aspekte erreichen: Zum einen kriegt die Haltung, dass „die“ alle nur hierherkommen, um „uns“ unseren hart erarbeiteten Wohlstand wegzunehmen, deutliche Risse. Zum anderen können Überlegungen befördert werden, wie ein politisches und wirtschaftliches Handeln aussehen müsste, das keine Lebens- und Spielräume von Menschen im Globalen Süden einschränkt und zerstört und auch uns in der Breite der Bevölkerung ein gutes Leben sichert. Auf individueller Ebene sind diese Handlungsoptionen sicherlich nicht für alle gleichermaßen realistisch und umsetzbar (vor allem nicht für die, die deswegen AfD wählen). Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene sehen wir aber politisch große Gestaltungsmöglichkeiten. Darum müssen wir entwicklungspolitische

und antirassistische Informations- und Bildungsarbeit immer auch mit politischer Lobby- und Kampagnenarbeit verbinden.

6. Andere Milieus erreichen

Schon länger wird innerhalb der entwicklungspolitischen Szene gefordert, wir müssten „raus aus der Wohlfühlzone“. Doch die Ansprache von neuen sozialen Gruppen, die für unsere Botschaften und Bilder nicht so empfänglich sind und denen wir bisher keine für sie befriedigenden Lösungen für erlebte Perspektivlosigkeit, Benachteiligung oder Ausgrenzung anbieten konnten, ist nicht einfach. Können wir ihnen überhaupt Lösungen anbieten? Dafür brauchen wir neue Bildungsmodule und Botschaften, die nach Art und Sprache auch die Interessenlage von nicht-bildungsbürgerlichen Mittelstandsmilieus oder von Menschen in dem oftmals vernachlässigten ländlichen Raum berücksichtigen und daran anschließen. Es muss uns gelingen, den Bogen zu spannen von lokalen zu globalen Ungerechtigkeiten und Ausbeutungsverhältnissen und die gemeinsamen Mechanismen und Verursacher*innen von prekären Verhältnissen und Ungerechtigkeit zu benennen, damit die Leidtragenden nicht gegeneinander ausgespielt werden können. Nur so lassen sich Empathie und Solidarität in Bitterfeld für die Textilarbeiterinnen in Bangladesch oder für die Kumpels in den Kohlegruben von Kolumbien mobilisieren. Und wir müssen uns für den Widerspruch wappnen bzw. diesen aushalten, wenn Menschen aus Bitterfeld oder sonst woher froh ist, dass ihm die Kumpels in Kolumbien billige Kohle liefern und Bangladesch für billige Klamotten bei uns sorgt, vermittelt von den Discountern oder Markenläden.

Außerdem brauchen wir für einen ernsthaften Schritt auf diesem Weg auch Zeit, um zuzuhören, uns auf die Gegebenheiten vor Ort einzulassen und Vertrauen aufzubauen – möglicherweise mehr Zeit als manche schnelllebige Wirkungsorientierungen erlaubt.

7. Das ganze Bild darstellen

Wir haben in Deutschland eine unabhängige und kritische Medienlandschaft. Das ist weder weltweit noch innerhalb Europas selbstverständlich. In Zeiten von Kampfbegriffen wie „Lügenpresse“ und „alternative Fakten“ ist es umso wichtiger, eine breite und unabhängige Medienlandschaft, die den Fakten und einem kritischen Nachfragen verpflichtet ist, zu unterstützen. In diesem Sinne erwarten wir aber auch von den Medien, dass sie sich auf lokaler Ebene und bundesweit die Mühe machen, genau hinzuschauen und gleichermaßen differenziert über Fortschritte und Probleme, z.B. bei der Aufnahme von Geflüchteten und dem gemeinsamen Zusammenleben in der Gemeinde, zu berichten. Wir erwarten Sensibilität gegenüber den Gefahren von Vorurteilsreproduktion, Stigmatisierung sowie der Benutzung gewalttätiger Bilder und Sprache oder kolonialgeschichtlich geprägter Begriffe. Die Aufweichung der Ziffer 12.1 des Pressekodex des Deutschen Presserats im vergangenen Jahr sehen wir deshalb äußerst kritisch. Für die entwicklungspolitische Szene selbst ist es wichtig und notwendig, sich mit Rassismus im eigenen Politikfeld und den eigenen Institutionen auseinanderzusetzen und selbstreferentielle Kommunikationsräume zu vermeiden, die wie Echokammern zur Verstärkung dessen wirken, was man glaubt und schon immer wusste. So empfehlen wir auch den Medien und ihren Verbänden, die eigene Macht und Privilegien zu reflektieren und sich dabei fachkundige Unterstützung von außen zu holen. Das Glossar der Neuen deutschen Medienmacher (NdM) mit Formulierungshilfen für die Berichterstattung

und die Checklisten zur Vermeidung von Rassismen des Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlags (BER) können hier erste Anknüpfungspunkte darstellen.

8. Demokratie lebt vom Mitmachen

Aus der Politik bekamen wir Rückmeldungen, wir seien als entwicklungspolitische Zivilgesellschaft vor Ort nicht ausreichend präsent. Unsere Expertisen und Methoden würden dort aber benötigt. Das möchten wir als Einladung verstehen. Wir wollen gerne mit kommunalen Einrichtungen und Entscheidungsträger*innen an einer weltoffenen, toleranten und sich für weltweite Gerechtigkeit einsetzenden Kommune arbeiten. Dafür werden gemeinsame Ziele, Beharrlichkeit, strategische Planung, Zeit und Vertrauen benötigt. Niemand hat Interesse daran, einen Ort öffentlich oder in den Medien zu diskreditieren. Aber real existierende Probleme, seien es rassistische Hetze und Übergriffe oder rechtsextreme Mobilisierung, müssen beim Namen genannt werden. Da nicht genau hinzuschauen, hilft niemandem weiter. Von einer guten Zusammenarbeit profitieren dagegen alle Seiten.

Gleichzeitig wollen wir gemeinsam mit staatlichen Akteur*innen auf allen Ebenen demokratische Beteiligungsstrukturen stärken, vermitteln und erlebbar machen. Dazu gehört, innerhalb und außerhalb von Schulen demokratische Bildung wieder stärker zu befördern statt Bildung immer mehr zu entpolitisieren und ausschließlich auf fachliche Qualifikationen zu setzen. Schule muss junge Menschen zu mündigen demokratischen Bürger*innen erziehen. Sie muss sie befähigen, Fakten und Situationen einzuordnen, sich eine Position und Orientierung zu erarbeiten, kritisch zu denken und nachzufragen.

9. Unsere politischen Erwartungen

Von Politiker*innen auf Kommunal-, Länder- und Bundesebene erwarten wir, selbstkritischer eigene Fehler und Versäumnisse zu reflektieren. Das reicht weit zurück und betrifft u.a. die Abwicklung und Zerschlagung vieler ostdeutscher Industriestandorte oder die unverhältnismäßig starke Entlastung und Förderung von Unternehmen, während gleichzeitig die Belegschaften mehr und mehr belastet wurden. Verantwortliche Entscheider*innen in Land und Bund müssen sich fragen, was ihr Anteil und ihre Rolle beim drastischen Abbau der staatlichen Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen mit Schulschließungen, Rücknahme von sozialen Angeboten und Kürzungen der Jugendbildungsarbeit gewesen ist. Und sie müssen sich fragen, ob diese Sparpolitik nicht auch zum Erstarken von Populismus, Nationalismus und Rassismus beigetragen haben?

Wir erwarten von den Regierungen auf Länder- und Bundesebene eine Stärkung ländlicher Räume und nachhaltige Förderung von Jugendbildung sowie eine eindeutige, klare und kompromisslose Haltung gegenüber rassistischen Äußerungen und rassistischen Gewalttaten. Ihre Verantwortung als Legislative und Exekutive ist es, Rassismus unmissverständlich entgegenzutreten und nicht mit Verständnis und Relativierungen zu reagieren.

Wir fordern darüber hinaus von den zuständigen Bildungsministerien, in der Schule mehr Raum zu schaffen, damit Schüler*innen die Möglichkeiten und Orte haben, über Dinge zu sprechen, die sie wirklich bewegen und berühren. Dass dies nicht der Fall ist, berichten Referent*innen des Globalen Lernens immer wieder. Globales Lernen wird mit seinen spezifischen Lernzielen nur dann erfolgreich sein, wenn es soziales Lernen einbezieht. Nur

wenn der Situation der Schüler*innen mit Empathie begegnet und Raum geschaffen wird, dass diese sich artikulieren können und gehört werden, können wir erwarten, dass sie Bereitschaft zum Perspektivwechsel zeigen.

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit/Globales Lernen muss die Schüler*innen und Jugendliche bei ihren Problemen abholen.

Nachhaltige Gesellschaften, wie sie in der UN Agenda 2030 und den 17 Nachhaltigkeitszielen (SDGs) beschrieben werden, entstehen nicht über Nacht. Es gibt keine schnellen Lösungen, Erfolge und Wirkungen bei der Auseinandersetzung mit Rassismus, Nationalismus, im Umgang mit den Ängsten vor der Globalisierung und einer pluralen Gesellschaft. Aus diesem Grund müssen Kommunen, Länder und der Bund bereit sein, langfristig und ausreichend Fördermittel für zivilgesellschaftliches Engagement bereitzustellen, damit dieses seinen Anteil dazu beitragen kann, demokratisches Gemeinwesen zu stärken und gesellschaftliche Teilhabe zu fördern.² Gleichzeitig müssen diese Fördermittel strategisch sinnvoll miteinander verzahnt sein. Gemeinsam mit den staatlichen Instanzen wollen wir daher in regionalen Strategieentwicklungsprozessen gemeinsam Leitbilder, Entwicklungsperspektiven und Vorgehensweisen abstimmen.

10. Fazit

Als Akteur*innen der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit können wir die aktuellen Herausforderungen aufgrund ihrer Größe und Tiefe nicht bewältigen, jedoch zur Bewältigung wichtige Beiträge leisten. Mit bewährten und neuen Ansätzen wollen wir aber in unserer Arbeit noch effektiver werden. So müssen wir uns intensiver als bisher mit den Potenzialen und Herausforderungen unserer Vielfalt auseinandersetzen. Wir müssen unsere Werte offensiver kommunizieren und rassistischen Ansichten, in den eigenen Reihen wie in der Öffentlichkeit, klar entgegentreten. Menschen mit Migrationsgeschichte und Rassismuserfahrung müssen wir mehr zuhören, einbinden und solidarisch unterstützen. Und mit einer breiteren Informations- und Bildungsarbeit über globale Zusammenhänge von Armut, Ausbeutung, Flucht und Migration sowie eigener Mitverantwortung müssen wir neue Zielgruppen erreichen. Von den Akteur*innen aus Fernsehen, Rundfunk, Presse und Online-Medien erwarten wir eine differenzierte Berichterstattung und keine Scheu vor dem Rückgriff auf vorhandene Formulierungshilfen. Mit politischen Akteur*innen auf allen Ebenen müssen wir noch stärker zusammenarbeiten, um demokratische Beteiligungsstrukturen zu vermitteln, zu stärken und erlebbar zu machen. Darüber hinaus erwarten wir staatlicherseits eine überfällige strukturelle Stärkung ländlicher Regionen, eine eindeutige, klare und kompromisslose Haltung gegenüber rassistischen Äußerungen und rassistischen Gewalttaten sowie eine verlässliche, langfristige und koordinierte Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements. Gemeinsam schaffen wir das, dieses Mal schon...

² Im entwicklungspolitischen Kontext tragen gegenwärtig Programme wie das Eine Welt-Promotor*innen-Programm und das Programm „Weltoffen, Solidarisch, Dialogisch (WSD)“ bereits genau dazu bei. Es ist aber klar, dass deutlich mehr solcher Programme, auch aus anderen Bereichen, benötigt werden, um einen wirkungsvollen Beitrag zu leisten – vor allem in ländlichen Regionen und kleinen Städten.

Quellen

AMADEU ANTONIO STIFTUNG (20.02.2018): Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle, auf: Mut-gegen-rechte-Gewalt.de, <https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle> (20.02.2018).

BUCHTER, Heike (09.01.2017): Der Aufstieg der Rechtspopulisten in den USA, auf: bpb.de, <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240062/der-aufstieg-der-rechtspopulisten-in-den-usa> (18.04.2018).

ERICES, Rainer (15.11.2017): Alltagsrassismus in der DDR. Pogromstimmung in Erfurt: "Gebt sie uns heraus, wir wollen sie hängen", auf: MDR.de, <https://www.mdr.de/thueringen/mitte-west-thueringen/erfurt/alltagsrassismus-in-der-ddr-100.html> (16.04.2018).

SCHELLENBERG, Britta (10.01.2017): Rechtspopulismus im europäischen Vergleich – Kernelemente und Unterschiede, auf: bpb.de, <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240093/rechtspopulismus-im-europaeischen-vergleich-kernelemente-und-unterschiede> (18.04.2018).